Verbände : Schweizerischer Kunstverein

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art**

Band (Jahr): **53 (1966)**

Heft 5: **Innerstädtische Läden; Ein regionales Schnellbahnsystem**

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

weisen wesentliche Abweichungen im Programm auf. Lediglich die Anzahl Klassenzimmer stimmt überein. Die zusätzlichen Programmforderungen sind bei den schweizerischen Beispielen umfangreicher (Lehrschwimmbecken, Kindergärten, große Sportanlagen). Die Umgebungs- und Erschließungsarbeiten lassen sich ohne genaue Unterlagen überhaupt nicht vergleichen. Daß die traditionelle Bauweise heute bei uns häufig billiger ist als die vorgefertigte, kann mit Beispielen belegt werden.

Seriöse Vergleiche lassen sich nur aufstellen unter Berücksichtigung der Flächen, der Klassen- und Hilfsräume und der Verkehrsflächen, wie dies bei den Untersuchungen der Fachgruppe der Stadt Biel beispielhaft gezeigt wird. Hinzu gehören auch präzise Angaben über den Ausbaustandard, die Verschleißfestigkeit der verwendeten Materialien, die Wärmeleitzahl und die Schallisolationswerte usw.

Auch die Redner in Uster haben erklärt, daß ein wesentlicher Teil der Arbeiten, abgesehen von Umgebungsarbeiten und Mobiliar, in konventioneller Weise ausgeführt werden muß. Die Montageelemente machen einen relativ kleinen Teil der Gesamtkosten aus, so daß Einsparungen an Geld, wie sie in Uster propagiert wurden, leider ins Reich der Phantasie verwiesen werden müssen. Entsprechende Überlegungen lassen sich in bezug auf die ebenfalls völlig unzutreffende Behauptung aufstellen, Schulhausanlagen könnten mit diesem System in Zukunft in der halben Zeit erstellt werden.

Bei allen interessanten Aspekten, die die Veranstaltung in Uster gezeigt hat, darf nicht übersehen werden, daß es sich hier nur um einen Teil des Schulbauproblems handelt. Die Rationalisierung sollte bereits bei der Vereinheitlichung der Lehrpläne und der Schulgesetzgebungen beginnen. Erst anschließend können wirkliche bauliche Rationalisierungsmaßnahmen getroffen werden, die schließlich zur industriellen Herstellung von Unterrichtsgebäuden führen. Die Phase der Programmierung und der Entwurfsarbeit behält ihre Bedeutung, ob konventionell oder progressiv gebaut wird. Die meist mit einer Selbstanpreisung verbundene Behauptung geschäftstüchtiger Architekten, im Zeitalter der Vorfabrikation seien Wettbewerbe überfällig geworden, ist nicht zutreffend. Eine auf Grund ernsthafter Untersuchung gewählte Norm kann, wie eine andere Bedingung, ins Wettbewerbsprogramm aufgenommen werden; oder nach durchgeführtem Wettbewerb, in welchem auf die Montagebauweise Bedacht genommen wurde, können die erhältlichen Bausysteme nach sachlicher Prüfung auf ihre Eignung verglichen, eventuell auch einer konventionellen Baumethode gegenübergestellt werden. Auf diese Weise läßt sich ein Optimum erzielen im Interesse der Allgemeinheit. Das freie Spiel der Kräfte, bei Wahrung fairer Spielregeln in allen Phasen der Arbeit, hat sich bis heute in der Schweiz gelohnt und letztlich auch bezahlt gemacht. Dazu gehört aber auch die Freiheit des Wortes, das in Uster, wie wir vermuten aus geschäftstaktischen Gründen, verweigert wurde.

Ortsgruppe Zürich des BSA,
Zürcher Ingenieur-
und Architektenverein

«Wir warten auf Vorschläge»
Vorläufiges Schlußwort des Präsidenten der Primarschulpflege Uster – gemäß «National-Zeitung» Nr. 140

«Was wir bis jetzt von den Architekten wissen, ist lediglich, daß sie die Baukostenberechnung für das Brockhouse-CLASP-Stahlbausystem für unsere schweizerischen Verhältnisse nicht akzeptieren wollen und als unseriös bezeichnen ... Unsere Stimmbürger haben uns ganz drastisch gezeigt, daß sie nicht willens seien, Schulhäuser im bisherigen Kostenausmaß zu bauen. Wir sind gezwungen, neue Wege zu gehen ...

Wir wollen weiterhin mit den Architekten zusammenarbeiten. Aber wir sind der Überzeugung, daß die Zeit vorbei ist, in der jeder Architekt sich mit einem schönen Schulhaus selber ein Denkmal bauen konnte. Wir haben aufgezeigt, daß es auch anders geht. Wir erwarten nun, daß die Architekten uns ihre Argumente vorlegen und Wege aufzeigen, wie man auch in der Schweiz rationeller und billiger bauen kann.»

Verbände

Delegiertenversammlung des Schweizerischen Kunstvereins
Kunsthaus Zürich, 19. März

Nachdem die Delegierten der örtlichen Kunstvereine Gelegenheit hatten, der freundlichen Einladung des Zürcher Kunsthauses Folge zu leisten und die beiden großen Ausstellungen «Die Neue Galerie des Kunsthistorischen Museums Wien – Von Caspar David Friedrich bis Edvard Munch» (wo sich unter viel Historischem einige Kostbarkeiten aufstöbern ließen) und die vor allem dokumentarisch ungemein interessante Schau «Paul Gauguin und sein Kreis in Pont-Aven» zu besichtigen, traf sich eine kleine Gruppe im Restaurant «Kronenhalle» zu einem gemütlichen Mittagessen.

Die eigentliche Delegiertenversammlung fand nachmittags im Sitzungszimmer des Kunsthauses statt, wo der Präsident, Prof. Dr. E. Naegeli, St. Gallen, außer den Mitgliedern des Geschäftsausschusses die Vertreter von Biel, Basel, Glarus, Luzern, Solothurn, St. Gallen, Thurgau, Winterthur und Zug begrüßen konnte. Geschäftsbericht und Rechnungsablage für die Jahre 1964 und 1965 ließen erkennen, daß sich der Geschäftsausschuß und vor allem der Präsident während dieser Zeit vor allem mit der Bearbeitung eines Vorschlags für die Herausgabe eines vereinsinternen Informationsblattes abgegeben hatten, wie es an der Delegiertenversammlung 1964 in Basel beschlossen worden war. Durch die Zahlung des seinerzeit in Luzern bestimmten dritten Beitrags von 10000 Franken an den Verein zur Herausgabe des Schweizerischen Künstler-Lexikons hat sich das Vereinsvermögen auf rund 11300 Franken verringert. Auf Anregung der Delegierten von Solothurn und Winterthur wird der Präsident beim Vorstand des Künstler-Lexikons ein Gesuch um Abgabe je eines Gratisexemplars an alle angeschlossenen Sektionen im Sinne einer Gegenleistung anbringen. Dem Präsidenten und dem Quästor, alt Direktor E. Witzig, wurde einstimmig Décharge erteilt.

Wie erwartet, entspann sich um das Informationsblatt wiederum eine angeregte Diskussion. Am 1. Dezember 1965 war allen Sektionen des SKV der sehr detaillierte Vorschlag zugeschickt worden, der sich nach intensiven Besprechungen mit der Buchdruckerei Winterthur ergeben hatte und der den um drei Inseratseiten erweiterten Ausstellungskalender aus dem WERK als Sonderdruck für die rund 13000 dem SKV angeschlossenen Einzelmitglieder vorsah. Angesichts der ziemlich erheblichen Ausgaben, die die lokalen Ortsgruppen für Adressierung und Versand leisten müßten, hatten sich vor allem die wichtigen Sektionen Basel und Winterthur gegen dieses Projekt ausgesprochen. Da der Plan jedoch nur dann vollwertig realisiert werden kann, wenn sich alle Sektionen daran beteiligen, bemühte sich der Präsident um eine neue Lösung, die nun den Delegierten vorgelegt werden konnte. Der Erker-Verlag, St. Gallen, hat sich bereit erklärt, in Zusammenarbeit mit der Buchdruckerei Zollikofer AG, St. Gallen, das Informationsblatt auf eigenes Risiko herauszubringen, wobei auch die Adressier- und Versandkosten vom Verlag übernommen würden. Das Blatt würde auf 8 Seiten erweitert: 5 Seiten Inserate, 1 Seite inländischer Ausstellungskalender, 1 Seite Ausland, 1 Seite für Mitteilungen usw.

des SKV (Nachrufe, Voranzeigen für Ausstellungen, Vorträge und schweizerische Beteiligungen an internationalen Veranstaltungen, Aufrufe für Ausstellungsvorbereitungen, allgemein interessierende Kunstnachrichten). Der SKV hätte lediglich die Kosten der Redaktion dieser Mitteilungsseite und der Zusammenstellung des Kalenders durch einen Beauftragten zu übernehmen, wofür jährlich 1500 Franken veranschlagt wurden. Prof. Naegeli kennt in St. Gallen die geeignete Person für diese Aufgabe; der Aktuar P. F. Althaus erklärt sich auf Anfrage bereit, die Redaktion der Mitteilungsseite vorläufig zu übernehmen.

In der anschließenden Diskussion meldet vor allem B. Reinhart (Winterthur) verschiedene Bedenken an: die zeitgerechte Herausgabe des Kalenders ist mit großen Schwierigkeiten verbunden. Außerdem ist die Herausgabe des Adressenmaterials an einen privaten Kunstverlag mit dem Usus des Winterthurer Kunstvereins nicht zu vereinbaren, da die Gefahr des Mißbrauchs bestünde. Er schlägt eine halbjährlich erscheinende Mitteilung an die verschiedenen Vorstände mit den wichtigsten Veranstaltungsprojekten vor. Auch K. Hofer (Basel) gibt die Meinung der Basler Sektion bekannt, daß ein solches Blatt unnötig sei, da sich der Kunstinteressierte jederzeit in den Tageszeitungen über die Ausstellungen in der ganzen Schweiz orientieren könnte. Vor allem die Vertreter der kleineren Sektionen (deren Lokalzeitungen diese Informationen kaum bieten) betonen die Notwendigkeit eines handlichen Kalenders; der Initiant des Planes, Dr. O. Huber (Glarus), und P. Althaus (Luzern) begrüßen besonders die Erweiterung gegenüber dem ersten Plan, da nun über das rein Informative hinaus doch ein wirklich kultureller Beitrag geleistet werden könne. Ebenso bitten Dr. Ch. Studer (Solothurn) und Prof. J. Brunner (Zug) um Solidarität mit den kleineren Sektionen.

In der folgenden Abstimmung beschließt die Versammlung mit 7 zu 2 Stimmen, den Geschäftsausschuß mit dem Vertragsabschluß zu beauftragen, sofern nicht in nützlicher Frist nach Versand des Beschlußprotokolls neue gültige Einwände (Verweigerung des Adressenmaterials) von den einzelnen Sektionen erhoben werden. Da die Sektionen Zürich und Bern dem Vorschlag ebenfalls mündlich beigestimmt haben, erhält die Abstimmung Beschlußkraft.

Die weiteren Traktanden bleiben unbestritten. Den vakanten Platz eines zweiten Beisitzers im Geschäftsausschuß wird Dr. Läuffer (Bern) einnehmen, während Prof. Brunner (Zug) für ein weiteres Jahr bestätigt wird, damit sich der Wechsel der Beisitzer periodisch vollziehen kann.

Prof. Naegeli wird nächstens ein Zirkular mit zur Verfügung stehenden Referenten und eventuellen Daten ihrer Vorträge verschicken, um einen Vortragsdienst des SKV einzuführen, dem sich die selber kulturelle Vorträge veranstaltenden Vereine anschließen können. Die Festsetzung der nächsten Delegiertenversammlung wird dem Geschäftsausschuß überlassen. Auf Anregung von B. Reinhart soll der Präsident der anscheinend von finanziellen Schwierigkeiten bedrohten periodischen Bieler Ausstellung «Plastik im Freien» durch Kontaktnahme mit deren Initianten, Dr. M. Joray, die moralische Unterstützung des SKV anbieten.

Mit dem Informationsblatt versucht der SKV, neben seiner etwas fragwürdigen Aufgabe als Dachorganisation der lokalen aktiven Kunstvereine, wieder einmal einen konstruktiven Beitrag im kulturellen Leben der Schweiz zu leisten. Die Versammlung schloß in diesem Sinne in einer sehr sachlichen Atmosphäre. Vielleicht wäre für die folgende Delegiertenversammlung wieder einmal eine etwas aufgelockerte, gesellschaftliche Kontaktnahme zu empfehlen. P.F. Althaus

Tagungen

Das Wasser in der Stadt

Das «*Wasser in der Stadt*» war Thema der Tagung «Das Grün im Städtebau» des Instituts für Gartenkunst und Landschaftsgestaltung und des Zentralinstituts für Städtebau der Technischen Universität Berlin am 23. und 24. Januar 1966. Prof. Dr. Caspers, Hamburg, sprach über die «Biologie der Stadtgewässer» und Prof. Dr. Naumann, Berlin, über «Die Hygiene der Wasserversorgung heute und morgen». Die Vorträge, einschließlich der Peter-Josef-Lenné-Preisverteilung, werden in der Veröffentlichungsreihe der Technischen Universität Berlin «Das Grün im Städtebau» demnächst erscheinen. Der Diskussionsbeitrag von Prof. Manleitner, Berlin, gibt einen Eindruck von der Aktualität des behandelten Themas:

«Ich bin sehr dankbar, daß Zahlen über Wasserverbrauch und Wasserverschmutzung hier einmal in dieser Konsequenz ausgebreitet werden. Aber wenn ich das Letzte, was hier besprochen wurde, höre, dann packt mich doch die Sorge. Wir sagen uns, daß wir, wenn die Not es erheischt, uns schließlich auf die Meerwasserentsalzung stürzen werden. Wir wissen, daß den Wasserwerken inzwischen 300% Mehraufwendungen entstanden sind. Wieso fragen wir eigentlich nicht nach dem Naheliegendsten: wodurch diese Mehraufwendungen entstehen und auf welche Weise man sie verhindern kann?

Wenn wir schon sehen, daß die einschlägigen Bundesgesetze und auch die Koordinierung so unzureichend sind, dann sollten wir doch die Dinge endlich einmal beim Namen nennen und sagen: 'Die Zahlen und ihre Veröffentlichung allein genügen nicht, wenn man nicht die Hintergründe durchleuchtet, aus denen heraus das immer noch so weiter betrieben wird.'

Wir kurieren mit all den Bundesgesetzen doch offensichtlich an Symptomen, denn was täglich zum Beispiel in den Rhein und in den Bodensee hereinschwemmt, wird doch von uns erzeugt. Man braucht doch nur einmal die Zahl der Verunreinigungen zu betrachten, um zu fragen: 'wer verursacht die 300%igen Aufwendungen?' Und dann wird sich herausstellen, daß nicht der normale Trinkwasserverbraucher die Kosten tragen darf, sondern die Verunreiniger selbst herangezogen werden müssen.

Aus diesen Gründen sollte man auch bedenken, wie blöd es ist – entschuldigen Sie, daß ich so hart spreche –, dauernd weitere Ölkessel in der Erde zu verbuddeln, obwohl man weiß, daß sie alle leck werden können, und darüber hinaus für alle Einfamilienhäuser die Ölheizung zu propagieren, die nicht nur durch einen Ölbehälter den Boden verseuchen kann, sondern darüber hinaus auch noch durch schlechte Verbrennung die Luft vergast, worüber wir bereits am anderen Ort gesprochen haben.

Und wenn wir also nicht diesen absterbenden oder von uns selbst im Zersägungszustand gehaltenen Ast betrachten, auf dem wir sitzen, und meinen, wir könnten dann irgendwann den Fallschirm der Meerwasserentsalzung aufspannen, dann möchte ich behaupten, ist es zu spät. Bei der geringen Fallhöhe öffnet er sich nicht.

Ich bedauere, daß hier in diesem Saal keine – oder zu wenige – Bundestagsabgeordneten und Landtagsabgeordneten sitzen, denn hier hätte die politische Führung die Aufgabe, die wissenschaftlichen Daten zu verstehen. Wir sollten sie nicht so behutsam aussprechen, sondern wir sollten die Folgerungen ohne Polemik, sondern ganz sachlich veröffentlichen und nicht ruhen, bis sich dann doch irgendwann Vernunft zeigen muß.

Wir geben für den Verteidigungshaushalt aus der Fiktion einer möglichen Lebenserhaltung oder Freiheitserhaltung Milliardenbeträge pro Jahr aus. Warum können nicht auch Dinge wie die Wasserreinhaltung und die Haushaltung